

# AMNESTY



# INTERNATIONAL

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2018/03/israel-deportation-of-african-asylum-seekers-is-a-cruel-and-misguided-abandonment-of-responsibility/>

## PRESSEMITTEILUNG

26. März 2018, 12:24 UTC

### ISRAEL:

## Die Abschiebung afrikanischer Asylbewerber ist ein grausamer und fehlgeleiteter Rückzug aus der Verantwortung

Anhand neuer Beweismittel verhandelte der Oberste Israelische Gerichtshof heute über die Rechtmäßigkeit der israelischen Politik, afrikanische Asylbewerber in zwei unbenannte afrikanische Länder abzuschieben. Wie Amnesty International hierzu erklärte, stellt dieses Vorgehen Israels, einen Rückzug aus seiner Verantwortung gegenüber Flüchtlingen dar und ist ein Beispiel für die grausamen politischen Maßnahmen, durch die die "weltweite Flüchtlingskrise" verschärft wird.

Anhand des neuen "Verfahrens zur Abschiebung in Drittländer" der israelischen Regierung, das im Januar eingeführt wurde, erhalten Asylbewerber, die sich einverstanden erklären, Israel zu verlassen, eine Summe von 3.500 US-Dollar (rund 2.800 €) und ein Reiseticket für entweder das Land ihrer Herkunft oder in einen unbenannten "Drittstaat". Wer sich weigert, hat mit einer Inhaftierung auf unbestimmte Zeit zu rechnen. Wie die israelische Regierung behauptet, wird durch dieses Modell die „freiwillige Ausreise“ von „Eindringlingen“ erleichtert.

*„Wie kann die israelische Regierung hierbei von einem Weg zur freiwilligen Ausreise von Asylsuchenden sprechen, wenn die Alternativen für die Betroffenen nur in einer Rückkehr in die Verfolgung oder in einer Inhaftierung auf unbestimmte Zeit liegen? Vor eine solche Wahl sollte niemand gestellt werden,“* sagte Philip Luther, der Leiter der Abteilung Recherche und Lobbyarbeit für den Nahen Osten und Nordafrika bei Amnesty International.

*„Diese erzwungene – und rechtswidrige – Abschiebung von eritreischen und sudanesischen Asylbewerbern ist ein rücksichtsloses Aufgeben der Verantwortung. Es ist ein Beispiel für die schlecht durchdachten Strategien, die die so genannte weltweite Flüchtlingskrise befördern.“*

Nach Maßgabe der israelischen Bevölkerungs-, Einwanderungs- und Grenzbehörde müssen männliche "Eindringlinge" das Land bis zum 4. April 2018 verlassen. Das "Verfahren zur Abschiebung in Drittländer" beruht auf der Prämisse, dass die abzuschiebenden Personen entweder kein Asyl beantragt hätten und sich illegal in Israel aufhalten würden oder dass sie zwar um Asyl ersucht, einen Anspruch hierauf aber nicht nachgewiesen hätten. Diejenigen, die ihren Asylantrag nach dem 1. Januar 2018 abgegeben haben, werden ebenfalls abgeschoben.

Einzelheiten über die Vereinbarungen einschließlich der Identität der erwähnten "Drittländer", die Israel als vertraulich und potentiell schädlich für sein Ansehen auf internationaler Ebene betrachtet, hat die israelische Regierung nicht geliefert, während Ruanda und Uganda die Existenz von Vereinbarungen einfach bestreiten.

Israel brüstet sich mit einem der höchsten Bruttoinlandsprodukte (BIPs) der Welt, welches das Land zu einem der blühendsten und reichsten in der Nahostregion macht.

*„Die israelische Regierung trägt die Bürde der Verantwortung, auf die globale Flüchtlingskrise so zu reagieren, wie es andere reiche Nationen auch tun – indem man Asylbewerber, die dringend Asyl benötigen, anerkennt. Es ist nicht zu fassen, dass die israelischen Behörden ihre Verantwortung jetzt auf Länder abwälzen, die nur über einen Bruchteil des Reichtums und der Ressourcen Israels verfügen, die aber gleichzeitig eine eigene, sehr viel größere Anzahl von Flüchtlingen zu versorgen haben,“* so Philip Luther.

Israels Bruttoinlandsprodukt liegt pro Kopf 50 Mal höher als das von Ruanda und 55 Mal höher als das von Uganda. Ruanda beherbergt mindestens drei Mal so viele Flüchtlinge wie Israel, während die Anzahl der in Uganda lebenden Flüchtlinge zwanzig Mal höher liegt als in Israel.

## **ISRAELS DEPORTATIONEN NACH RUANDA UND UGANDA SIND ILLEGAL**

Die Vereinbarungen zwischen Israel und den ungenannten afrikanischen Länder, welcher Identität diese auch immer sein mögen (mutmaßlich Ruanda und Uganda), sind nach dem Internationalen Völkerrecht illegal, weil sie gegen das *Prinzip der Nicht-Zurückweisung* verstoßen. Dabei handelt es sich um das Verbot, Personen an einen Ort zu überführen, an dem sie einem realen Risiko der Verfolgung und der Gefahr anderer schwerer Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt wären oder wo sie vor dem späteren Transfer in ein solches Land nicht geschützt wären.

Der Oberste Israelische Gerichtshof weist zu Recht darauf hin, dass Asylsuchenden durch den Charakter der Geheimhaltung dieser Vereinbarungen ihre Ansprüche auf rechtlichen Schutz und Zugang zu ordentlichen Rechtsmitteln vorenthalten werden.

Darüber hinaus bleibt vielen Betroffenen, die anhand dieses Verfahrens abgeschoben werden, keine andere Wahl, als ihre Reise über Libyen fortzusetzen und sich an gefährlichen Überquerungen des Mittelmeers nach Europa zu versuchen.

*„Diese Politik hat die Asylsuchenden in eine extrem schwache Position gebracht, weil sie der Gefahr einer Rückführung in ihre Herkunftsländer ausgesetzt sind und keine Möglichkeit haben, die israelische Regierung oder die Regierung des jeweiligen Drittlandes zur Rechenschaft zu ziehen,“* sagte Philip Luther

*„Wir haben mehrere Fälle dokumentiert, in denen Asylsuchende mit dem Versprechen aus Israel abgeschoben wurden, in Uganda oder Ruanda eine Aufenthaltsgenehmigung und eine Arbeitserlaubnis zu erhalten. Bei ihrer Ankunft in dem neuen Land stellte sich aber dann heraus, dass weder das eine noch das andere für sie verfügbar war.“*

Tatsächlich wurde keinem der Asylsuchenden aus Eritrea oder dem Sudan, die nach Ruanda und Uganda abgeschoben - und die später von NGOs, Wissenschaftlern und durch das Flüchtlingsbüro der Vereinten Nationen (UNHCR) befragt wurden, - bei seiner Ankunft ein regulärer Aufenthaltsstatus eingeräumt.

Ruanda und Uganda stellen nicht nur die Anwesenheit von Asylsuchenden, die aus Israel in ihren Ländern eintreffen, in Abrede, indem sie die Existenz einer Vereinbarung mit Israel verleugnen, lehnen sie auch jede Verpflichtung gegenüber den Betroffenen für sich ab.

## **ISRAEL LÄSST VON ASYLSUCHENDE UND FLÜCHTLINGE LINKS LIEGEN – DIE ERSCHRECKENDEN ZAHLEN**

Die Anerkennungsrate von Asylbewerbern aus Eritrea und aus dem Sudan in Israel ist extrem gering: sie liegt bei unter 0,5%. Bei den 15.200 Asylanträgen, die Asylsuchende aus Eritrea und dem Sudan zwischen den Jahren 2013 und 2017 abgegeben haben, wurden lediglich 12 eritreische und sudanesishe Staatsbürger als Flüchtlinge anerkannt.

In den letzten 10 Jahren sind nur 0,1% der Asylbewerber aus Eritrea in Israel als Flüchtlinge anerkannt worden. Im Vergleich dazu liegt die Anerkennungsrate für eritreische Staatsbürger, die im Jahr 2016 in der EU einen Flüchtlingsstatus beantragten, bei 92,5%.

Der Hauptgrund für die dramatisch niedrige Anerkennungsrate eritreischer Asylsuchender liegt darin, dass Israel Personen, die vom eritreischen Militärdienst desertiert sind, nicht als Flüchtlinge betrachtet. Dies läuft den Richtlinien zur Feststellung des Anspruchs auf einen Flüchtlingsstatus zuwider, die das Büro des Hohen Kommissars für Flüchtlinge der Vereinten Nationen (UNHCR) herausgegeben hat.

Im Februar 2018 befand das Israelische Berufungsgericht, dass die Interpretation der Schutzbedürfnisse von Deserteuren aus dem eritreischen Militärdienst durch die israelische Regierung mit der Flüchtlingskonvention aus dem Jahr 1951 nicht vereinbar ist. Am 22. März 2018 wies die Stellvertretende Staatsanwältin Dina Zilber die Bevölkerungs-, Einwanderungs- und Grenzbehörde an, alle Fälle von Eritreern, die im Gefängnis Saharonim festgehalten werden und deren Asylansprüche zurückgewiesen wurden, erneut zu prüfen.

*„Die israelische Regierung muss die Abschiebungen von eritreischen und sudanesischen Asylbewerbern nach Ruanda und Uganda sofort stoppen und den Betroffenen Zugang zu einem fairen und wirksamen Verfahren für die Feststellung ihres Flüchtlingsstatus gewähren. Unterdessen müssen die Regierungen von Ruanda und Uganda jede Kooperation mit der israelischen Regierung in dieser Sache unverzüglich aufgeben,“* sagte Philip Luther

*„Die israelischen Behörden sollten wissen, dass die Welt ihre dreiste Geringschätzung für Menschenleben, Würde und Verantwortung gegenüber der weiteren globalen Gemeinschaft im Blick hat und mit Empörung verfolgt.“*